

## Tanz um das Milliardenpaket - die Kunst der Täuschung 🖨️

Wird aktuell die Öffentlichkeit hinters Licht geführt über die Verwendung des "Rettungspaketes" der Bundesregierung, um die Betroffenen glauben zu machen, hier hätte alles seinen angemessenen Sinn und Zweck? Falls sich unsere Vermutungen bestätigen, dann hätte der Chef der Deutschen Bank unter Beweis gestellt, dass er nicht nur fähig ist, sein Image als smarterer Manager zu polieren, sondern sich auch - zum Nutzen seiner Bank - auf entsprechende Schachzüge versteht

Nach Einschätzung der Redaktion ist die Vermutung angebracht, dass aktuell mit einer groß angelegten, medial orchestrierten Scharade das deutsche Medienpublikum hinters Licht geführt werden soll. Dass ein beweiskräftiger Beleg hierfür geliefert werden kann, ist aktuell wenig wahrscheinlich. Die Indizien aber vermitteln ein plausibel zusammenhängendes Bild dieser Vorgänge.

Wir erlebten in den vergangenen Tagen zum Umgang mit dem 500 Milliarden schweren Rettungspaket die folgenden Vorgänge: der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, erklärt, er würde sich schämen, wenn er die Hilfe in Anspruch nähme. Auf diese Einlassung erfolgt von seiten der Politik eine empörte Reaktion: Ackermann lehne das Rettungspaket, an dem er selbst mitgearbeitet hat, ab, und stelle Banken in die Ecke, die kooperativ agierten. Daraufhin wird von Ackermann das von ihm gegebene Statement relativiert. Kurz darauf erfolgt eine desaströse Bilanzierung der bayrischen Landesbank. Sie meldet daraufhin die Inanspruchnahme des Rettungspaketes an. Bayern-LB Chef Kemmer wird in der Financial Times apostrophiert als der "500.000 Euro-Mann", weil sein Gehalt nun entsprechend limitiert sei aufgrund der Auflagen des "Rettungspaketes".

Diese Vorgänge, die mit großem Wirbel medial orchestriert wurden, suggerieren dem Publikum mehrere falsche bzw. fragwürdige Annahmen bezüglich des "Rettungspaketes" sowie zu den Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der Finanzindustrie:

- 1) Ackermann weckt den Eindruck, er sei an einer Nutzung des "Rettungspaketes" uninteressiert und dass er es für moralisch unzutraglich halte, es in Anspruch zu nehmen. Diese zum aktuellen Zeitpunkt gegebene Erklärung verpflichtet ihn jedoch zu nichts: sollte sich seine Bank im kommenden Jahr in einer bedrohlichen Schieflage befinden oder anderweitige Interessen an dem Milliardenpotopf haben, steht der Zugriff weiterhin offen. Ungeachtet dessen verschafft ihm die Erklärung mehrere Vorteile: er poliert damit das Image seiner Bank und ihrer (behaupteten) Stabilität. und verschafft sich damit einen geschäftlichen Vorteil.
- 2) er schüttelt seine Kritiker ab, die mutmassen, er habe es auf die Nutzung des Milliardenpotopes abgesehen und
- 3) er verschafft sich damit die Möglichkeit, auf die Bundesmilliarden zuzugreifen, ohne dadurch ernste Nachteile befürchten zu müssen: das Publikum wird weiterhin glauben, dies sei nicht in seinem Sinn. Dem Gesetzestext zufolge besteht jedoch keine Verpflichtung, eine Nutzung des Rettungstopfes öffentlich bekannt zu geben. Im Gegenteil wird in

einem solchen Fall die Geheimhaltung zugesichert. Falls dies Zugeständnis von der Bank selbst nicht gemacht wird, wird die Information über milliardenschwere Zuwendungen aus Steuermitteln der Öffentlichkeit auf Dauer vorenthalten.

4) die Bekanntgabe der Inanspruchnahme der Bundesmittel durch die Bayern-LB stützt die - unzutreffende - Annahme, eine solche Inanspruchnahme müsse der Öffentlichkeit mitgeteilt werden und sei damit kontrollierbar

5) die erste Bank, die die Bundeshilfen in Anspruch nimmt, ist eine öffentliche Bank. Es wird der Anschein suggeriert, staatliche Banken seien notorisch durch Misswirtschaft dominiert und Fässer ohne Boden. Dass die Bayern-LB ihre Schiefelage insbesondere Ramschpapieren zu verdanken hat, die ihr vorher von der Deutschen Bank über den Tisch gereicht worden waren, wird nicht erwähnt, ebensowenig, wie die unrühmliche Rolle, die Steinbrücks Staatssekretär Asmussen mit der Empfehlung dieser Papiere gespielt hatte

6) mit der seitens der Bundesregierung geäußerten "Empörung" gegenüber der Erklärung Ackermann zum Verzicht auf die Staatshilfe wurde der Eindruck erweckt, die Positionen und Interessen der Bundesregierung seien andere, als die des Chefs der Deutschen Bank. Dies ist aus unserer Sicht eine Täuschung und deckt sich weder mit der von ihr real betriebenen Politik noch mit der Eigenschaft Josef Ackermanns als führender Berater Angela Merkels in Finanzfragen.

7) ebenfalls wird der Eindruck erweckt, der Deutsche Bank Chef Ackermann und sein Verhalten werde von den großen Medien aus einer kritischen Distanz bewertet. Dieser Eindruck kann nur oberflächlich bestätigt werden, während gleichzeitig festzustellen ist, dass er in Kernfragen, insbesondere sobald es um eine entgegenkommende staatliche Finanzpolitik geht, bisher auf die uneingeschränkte und durchgängige Unterstützung der großen Medien zählen konnte.

8) Die Gehaltseinbuße für den Bayern-LB-Chef wurde so apostrophiert, als müsse Bank-Chef Kemmer nun in Sack und Asche gehen, als sei hier eine gravierende Strafmassnahme vollzogen worden. Damit wird der Eindruck verbreitet, die staatlichen Auflagen, die mit der "Rettung" verbunden sind, seien in hohem Mass unangenehm, womöglich unannehmbar, so dass die überwiegende Zahl der Banken einer solchen "Rettung" aus dem Weg gehen würden. Dass diese Auflagen in den meisten Fällen nicht verpflichtend, sondern nur eine Option darstellen, von der die staatlichen Treuhänder Gebrauch machen können oder auch nicht, fällt unter den Tisch

9) die Bundesregierung erweckt den Eindruck, sie handele souverän beim Einsatz der ungeheuren Mittel aus dem "Rettungspaket". Nachdem seitens der Medien der "Beleg" geliefert wurde, alles habe seine Ordnung, Geld werde nur gegen strenge Auflagen verteilt, man verhalte sich gegenüber den Banken aus einer Position der kühlen Distanz heraus, muss sie keine weitere kritische Aufmerksamkeit bei der Verwendung des Multimilliardentopfes mehr befürchten. Auch die Presse ist entlassen aus ihrer Rolle einer kritischen Begutachtung.

Ackermann ist es gelungen, die Voraussetzungen für den Zugriff auf den Milliardenpotopf zu schaffen und dabei den gegenteiligen Eindruck zu erwecken sowie seine Eigenschaft als Mitverfasser des "Rettungspaketes" zu vertuschen.

Die privaten Banken insgesamt konnten sich präsentieren, als gebe es bei ihnen keinen echten Bedarf für Rettungsmassnahmen und nur staatliche Misswirtschaft bei Landesbanken, KfW und IKB habe für

Probleme gesorgt.

Zusammenfassend bleibt unsererseits festzustellen: es handelt sich - unserer Vermutung nach - um ein hochprofessionelles Stück PR-Arbeit, das hier abgeliefert wurde, eine Scharade unter Mitwirkung der Mainstreammedien, mit verteilten Rollen der beteiligten Politiker, Banker und Journalisten.

Es erinnert an die Leistungen etwa einer Agentur, wie Knowlton & Hill, die dem amerikanischen Kongress den Golfkrieg mit der sogenannten "Babymordlüge" verkaufte. Auch Knowlton & Hill ist seit einigen Jahren mit einem Büro in Berlin ansässig.

<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/KfW-Lehman-und-kein-Ende-Ruhest%F6rung-am-Palmengarten/429544.html>

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/Nein-zu-staatlichen-Hilfen-Politik-drischt-auf-Ackermann-ein/428302.html>

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/Agenda-Der-Buhmann-ist-zur%FCck/428997.html>

<http://www.ftd.de/koepfe/whoiswho/Kopf-des-Tages-Michael-Kemmer-Der-500-000-Euro-Mann/429020.html>

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/Chronologie-Wie-sich-Bayern-in-der-Krise-blamierte/429219.html>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/771/314668/text/>

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/934/314830/text/>

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/986/314881/text/>

weitere Artikel:

### **Verfassungsbeschwerden gegen Bankenrettung**

Beim Bundesverfassungsgericht wurden inzwischen zwei Klagen gegen das Bankenrettungspaket, das sogenannte "Finanzmarktstabilisierungsgesetz" eingereicht. Die Anwälte Klaus Kratzer aus Nürnberg und reiner Füllmich aus Göttingen erklärten, das "Rettungspaket" verstoße in 3 Punkten gegen verfassungsrechtliche Vorgaben: danach müssten staatliche Ausgaben gerechtfertigt, verhältnismäßig und in einem ordentlichen Verfahren beschlossen werden. Dies sei mit dem vorliegenden Gesetz nicht gegeben.

### **Der fortgesetzte Crash und das Kurieren am Symptom**



[meta-info.de] Wieder setzt sich der Crash an den Aktienmärkten fort., obwohl von den Regierungen und Wirtschaftsexperten der westlichen Ländern wieder Entwarnung signalisiert worden war. Tatsächlich bleibt der Rhythmus der Krise unverändert seit mehr als einem Jahr: trotz aufwendiger und kostspieliger "Rettungspakete" fehlte bisher die Konsequenz, die Ursachen der Krise zu konfrontieren und zu

eliminieren. Nur ihre Symptome versuchte man bisher zu unterdrücken. Solange es dabei bleibt, wird den westlichen Ländern der Pulsschlag der Krise erhalten bleiben.

### **Financial Times: Banken gerettet - Staat pleite**

Als einer der wenigen Kritiker der Regierungspolitik, der in diesen Tagen noch das Wort zu ergreifen wagt, analysiert Wolfgang Münchau in der Financial Times das Bankenrettungspaket. Danach folgen die Politiker mit der Gestaltung dieses Rettungspaketes vor allem den eigenen Machtinteressen und verschleudern dafür sehr viel mehr öffentliche Mittel, als erforderlich gewesen wären für die eigentliche Lösung des Problems.

## Rettungspaket: das große Wegducken



[meta-info] Auf den in seiner Dimension atemberaubenden Zugriff der Privatbanken auf die öffentlichen Kassen in Deutschland reagiert die Öffentlichkeit mit Stillschweigen: sobald das Thema in die Debatte gerät, erfolgt fast regelmässig die reflexhafte Reaktion, diese Maßnahme - die von unserer Seite weiterhin als gigantischer Raub von seiten der Banken am Gemeinwesen apostrophiert wird - als alternativlos darzustellen: auf diesem Weg erspart man sich eine angemessene Reaktion. Angestimmt und geprägt wird dies Muster durch nahezu alle führenden Medien, die fast durchweg jede Kritik am Rettungspaket totschiweigen.

## Bankenrettung: Medien im Gleichschaltungsmodus



[medienwatch.de] Während in der zurückliegenden Woche harte Debatten darüber entbrannten, wie das neoliberale System auf einen neuen Kurs zu bringen sei, und zum Teil marxistische Ansätze Platz fanden in den Leitartikeln und Kommentaren, sind dieselben Medien nun erfüllt vom Hosianna, das angestimmt wird für die Verabschiedung der diversen "Rettungspakete", die das globale, neoliberale Spielcasino, das aus dem Ruder gelaufen war, wieder in die Balance bringen sollen.

## Bankenrettungspaket zur Reparatur des globalen Casinos



[meta-info.de] Mehr und mehr schält sich heraus, dass das "Rettungspaket", das von der Bundesregierung nun vorgelegt wurde, dem Zweck dient, den Betrieb des in Insolvenzprobleme geratenen neoliberalen Casinos wiederzubeleben, aber keine Lehren oder eine Kurswende von der bisherigen Praxis zu vollziehen. Stattdessen wird es darüberhinaus zu einem Ermächtigungsgesetz für den Finanzminister und soll ihm erlauben, eine ungeheure Menge an Steuermitteln mehr oder weniger nach Gutdünken an Privatbanken zu verteilen, die sich verspekuliert haben - ohne Kontrolle des Parlaments.

## Studenten müssen für Finanzkrise zahlen

Zu den ersten Opfern der Finanzkrise in der Bevölkerung zählen die Studenten: sie werden nun in deutlich höherem Umfang zur Kasse gebeten für Kredite zur Studienfinanzierung. Sie müssen nun die Konsequenzen des Fehlmanagements von Bundesfinanzminister bei der KfW ausbaden und erheblich höhere Zinsen zahlen.

## Gigantischer Raub an den Bürgern durch Bankenrettung

[meta-info.de] 13.10.2008 Ein Raubzug in bisher ungekannten Dimensionen wird nun gegenüber den Bürgern der BRD durchgeführt: im "Eilverfahren" (wie dies bei überfallartigen Zugriffen ratsam ist) wird der



Bevölkerung der BRD die unglaubliche Summe von mehr als 400 Milliarden Euro aus der Tasche bzw. aus der Steuerkasse gezogen. Damit werden auch die hochumstrittenen der USA und ihres Bankenrettungspakets weit in den Schatten gestellt: der Umfang dieses "Rettungspakets" beträgt - ins Verhältnis gesetzt - das Dreifache!

### **Finanzkrise: Bundesregierung setzt an zur Ausweitung der Katastrophe**

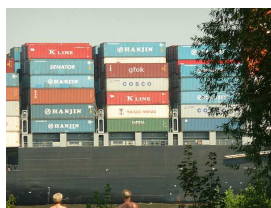


[meta-info.de] Nach aktuell vorliegenden Informationen wird die Bundesregierung nun Schritte tun, um die Katastrophe auszuweiten: nach den G7-Beratungen schält sich ein Konzept heraus, das vor allem die Bevölkerung mit riesigen Summen aus der Steuerkasse belastet, während die Verursacher der Krise, die Finanzindustrie, ungeschoren bleibt und massiv gesponsort wird. Nicht das britische Modell der Verstaatlichung von Banken dient danach als Muster; stattdessen erhalten die Banken Erleichterungen ihrer Transparenzverpflichtungen und Steuergeld, um über Wasser zu bleiben.

### **Der Stehpinkler. Henryk M. Broder's Krisenreaktion als Prototyp**

In der österreichischen "Kleinen Zeitung" vom 8. Oktober war Henryk M. Broder am Wort, seines Zeichens "Spiegel"-Reporter und Buchautor. "Warum aus dem Mann ein Sitzpinkler wurde" fragt Broder im Untertitel und weiß eine unterdrückte Mannheit hinter sich. Das harmlose Fäkalproblem dient Mann Broder dazu, die aktuelle Krise als Potenzmittel für die schlaffe Machoklasse anzupreisen.

### **Börsencrash Krisensunami verwüstet das westliche Finanzsystem**



--